KOMMENTAR
5. MAI 2003 KURIER

Kulturrevolution im neuen Stände-Staat

ALFRED PAYRLEITNER über Hintergründe und Mogeleien bei der Pensionsreform

„In Österreich gibt es fünfzig Experten, die sich im Pensionsrecht wirklich auskennen". Die Zwischenbemerkung Wolfgang Schüssels in der Pressestunde war Stoßseufzer und Befund zugleich.

Denn wie soll man eine an sich notwendige Reform durchsetzen, wenn sie so schwer vermittelt werden kann? Schüssel wählte die Methode des Zitierens glaubwürdiger Unterlagen und Zeugen von früher. Tatsächlich steht schon in einer Studie der Sozialpartner von 1991 die Forderung, das faktische Pensionsalter dem gesetzlichen anzugleichen, die Durchrechnungszeiten auszuweiten und die vielen verschiedenen Pensionssysteme zusammenzuführen. Auch frühere Sozialminister wie Josef Hesoun und ÖGB-Legende Anton Benya verlangten Ähnliches. Waren das alles „Sozialdemolierer"?

In der Wut der Polemik gegen die Regierungspläne streikt zu allererst die Intelligenz. Wenn AK-Chef Herbert Tumpel formuliert, dass dabei „alle verlieren und niemand gewinnen" werde, so übersieht er, dass Haare lassen zum Wesen jeder Reform gehört. Sonst wäre sie nämlich keine und das System in absehbarer Zeit pleite. Wobei es allerdings notwendig ist, von vergleichbaren Daten auszugehen. Wenn die Kritiker der Bundeszuschüsse (aus Steuermitteln) zu den Pensionen in absoluten Zahlen rechnen und die Befürworter in Prozenten des Nationalprodukts, kann sich einfach keiner auskennen. Man darf es vorsätzliche Manipulation nennen.

In Wirklichkeit haben sich alle kontraproduktiv verhalten – von den Kammern bis zu den Sozialversicherungen, von der alten Verstaatlichten bis zu den Sparkassen. Keiner wollte im ASVG bleiben und alle drängten zu Sonderregelungen. Mit ihren Gewerkschaften als Bannerträger der Entsolidarisierung. Der neue Stände-Staat. Weil in diesem Filz so viel gemogelt wurde und wird, fällt die Bereinigung so schwer.

Der gefährlichste Gegner Schüssels heißt daher auch nicht Alfred Gusenbauer, sondern Fritz Neugebauer von der GÖD. Denn die abermals bekräftigte Absicht Schüssels, bis zum Jahresende ein „neues System für alle", also auch für die Beamten zu entwickeln, gleicht einer österreichischen Kulturrevolution. Selbstverständlich müssten dann Neuanfänger ab 2004 auch höhere Anfangsgehälter bekommen, wie es Bernd Marin im KURIER treffend begründet hat. Und am Ende des Übergangs müsste ein neues Dienstrecht stehen.

Aber für die Lehrer, Uniprofessoren und sonstigen vielen Bundes- und Gemeindebeamten wäre es ein kolossaler Bruch mit ihrem Selbstbild. Bekamen sie doch bisher keine Pension, sondern wurden „zu fortlaufenden Bezügen in den Ruhestand versetzt" und waren in vielerlei Hinsicht gleicher als die anderen. Eine psychologische Mega-Barriere.

Um so unverständlicher, dass der Kanzler das Sozialpartner-Angebot vom 24. April nicht angenommen hat. Im Alleingang wird er es kaum über diese Hürde schaffen. Die anderen wegen Mangels an Konzepten freilich auch nicht.

▸ eMAIL: *alfred.payrleitner.at*